



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/26057, 18/28016

Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel IX: Zahl der Medizin-Studienplätze weiter ausbauen

Der Landtag begrüßt die Anstrengungen der Staatsregierung sowie die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIE WÄHLER zum Ausbau der Studienplätze gerade im Bereich der Hebammenkunde und der Humanmedizin. Dies gilt es umzusetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über den aktuellen Stand des Ausbaus der Medizinstudienplätze in Augsburg, Oberfranken und Niederbayern zu berichten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in diesem Bericht auch auf Wege einzugehen, wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Zahl der Medizinstudienplätze in allen Bundesländern erhöht werden kann.

Wünschenswert ist dabei eine Abkehr vom bisher praktizierten Vergabeverfahren für die Vergabe von Studienplätzen in Humanmedizin. Dies würde Druck auf bisher unter Bedarf ausbildende Bundesländer ausüben sowie einen Anreiz für die übrigen Länder bieten, weitere Studienplätze zu schaffen.

Denkbar ist auch ein Modell, bei dem sich die Bundesländer Studienplätze an solchen europäischen Universitäten sichern, die von heimischen Studienwilligen ohnehin als Ausweich-Studienorte gewählt werden, etwa Budapest, Salzburg, Varna oder Split. Die Länder könnten diesen Universitäten deren Kosten finanziell ausgleichen und im Gegenzug die Studierenden benennen dürfen. Auf diesem Weg könnte die Zahl der Studienplätze rasch erhöht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident